

Hamburger

China-Notizen

- Von einem nächtlichen Schreibtisch -

NF 730

15. November 2012



Nordkorea in Hamburg I

Von der mangelhaften Wahrnehmungsfähigkeit Hamburger Rathauspolitiker war in der vorigen Notiz die Rede, auch von deren Unvermögen, sich mit den Gegebenheiten des Lebens auseinanderzusetzen. Das augenfälligste Beispiel hierfür ist die stattliche Bauruine der sogenannten Elbphilharmonie, deren spektakuläre PC-Projektionen Hamburg seit langem für Werbemaßnahmen in aller Welt dienen. Seit einem Jahr regt sich auf dieser Baustelle kein Händchen, aber auch ein stillgelegte Bau beansprucht Mittel, täglich.

Unstrittig ist bei diesem „Wunderwerk“, daß die Planungen dafür dilettantisch und nicht den Vorschriften entsprechend vorgenommen wurden. Die mutmaßlichen Baukosten kletterten deshalb allmonatlich in neue Höhen. Hierfür ist der Senat unter der Führung des Bürgermeisters Ole von Beust verantwortlich. Entweder hat der den Sachverstand der zuständigen Beamten nicht genutzt oder hat Beamte ohne Sachverstand mit solchen Aufgaben betraut oder wie auch immer. Solche und/oder andere Vorgehensweisen werden die Freie und Hansestadt Hamburg einige hundert Millionen Euro kosten, wenn der Bau einmal fertig werden sollte.

Der gegenwärtige Senat unter Bürgermeister Olaf Scholz scheint sich für die Elbphilharmonie nicht mehr zu interessieren, auch nicht die dafür zuständige Kultursenatorin. Gelegentlich besagt eine mehr oder weniger offizielle Verlautbarung, man habe mit der Baufirma Hoch & Tief über die Weiterführung des Baus eine Vereinbarung

getroffen, verfüge sogar über einen – geheimnisvollen – Plan B, aber – nichts geschieht! Dabei beruht der Dissens zwischen Stadt und Baufirma auf einem Umstand, der sich schwer begreifen läßt: Die Firma bezweifelt die Sicherheit des Bauwerks beim Absenken der auffälligen Dachkonstruktion, die Stadt gibt ihr vorliegende Statistik-Gutachten nicht heraus, die eben solche Sicherheit verheißen. Wo liegt das Problem? Darüber ist nichts bekannt.

Inzwischen ist diese Bauruine in aller Welt ein Symbol für das unzureichende Handlungsvermögen des Hamburger Senats, auch des gegenwärtigen. Der vertrödelt seine Zeit mit allerlei sehr vordergründig motivierten Projekten, aber weder der Bürgermeister – mit anderem Anspruch angetreten und mit großen Vertrauen ausgestattet – noch seine Senatoren noch sehen offensichtlich Handlungsbedarf. Da sind bisher schon mehr als 200 Millionen Euro in den den HH-Hafenschlick versenkt worden, und monatlich kommt mindestens eine weitere Million hinzu, um das Nichttun zu finanzieren. Da kann die Untätigkeit von Bürgermeister und Senatorin sowie anderer Rathauspolitiker allmählich nicht nur zu kopfschüttelnder Verwunderung führen.

Politiker geben häufig vor, sie übernehmen für manche Dinge – meist negativer Art – die politische Verantwortung. Aber in Fällen, in denen erkennbar ihr Fehlverhalten zu finanziellen Einbußen für das Gemeinwesen, dem sie zu dienen vorgeben, wozu sie auch gehalten sind, führen, und zwar in exorbitanter Höhe, in solchen Fällen, also einem wie dem der Elbphilharmonie sollte allmählich erwogen werden, ihr Vorgehen nicht nur „politisch“, sondern auch strafrechtlich und zivilrechtlich und damit finanziell zu beurteilen. Hierfür wären dann zunächst einmal Gerichte zuständig, in wohl langwierigen Prozessen, aber die Verantwortung von gut honorierten Amtsträgern kann nicht auf eine achselzuckende „politische“ beschränkt werden, selbst wenn das diesen Amtsträgern wohl gefiele oder wohlgefiele.

Ein vergleichbares Projekt, nämlich ein spektakulärer Hotelbau, war wenigstens zwei Jahrzehnte lang in der Hauptstadt Nordkoreas zu besichtigen. Dort war ganz oben noch der letzte einst aktive Baukran zu betrachten, und sonst rottete der Bau aus Geldmangel ebenso wie die Elbphilharmonie vor sich hin. Unlängst wurde der Bau – dem Vernehmen nach – vollendet. Nachrichten aus Nordkorea soll man bekanntlich nicht trauen. Aber die offiziellen Verlautbarungen über Aktivitäten des HH-Senats bekommen allmählich eine vergleichbare Qualität.